

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Bremer Straßennamen entkolonialisieren!**

Zahlreiche Straßen in Bremen sind eng mit der Kolonialgeschichte der Hansestadt verbunden und tragen die Namen von Tätern und Kolonialverbrechern. Insbesondere gegenüber den Nachfahren der Opfer von Kolonialismus und Rassismus stellt dies eine fortwährende Diskriminierung dar.

Bremen war am deutschen Kolonialismus intensiv beteiligt und profitierte von der Ausbeutung der Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Der Bremer Kaufmann Alfred Lüderitz erwarb mit einem unlauteren Vertrag 1884 das heutige Namibia, auf dessen Gebiet der deutsche Generalleutnant Lothar von Trotha 1904 den Befehl zum Völkermord an den Herero und Nama gab.

Im Februar 2016 hat die Stadtbürgerschaft den Antrag "Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus" beschlossen und damit ein Signal gesendet, dass es sich seiner kolonialen Vergangenheit stellen möchte. Eine konsequente und verantwortungsvolle Aufarbeitung der Kolonialgeschichte beinhaltet auch eine Entkolonialisierung des Bremer Stadtraums und der entsprechenden charakteristischen Straßennamen. Straßen, die Nachtigal, Lüderitz, Vogelsang oder Hedwig-Heyl ehren, sollten der Vergangenheit angehören. Dies fordern seit langem auch die vielen Initiativen und Organisationen, die sich in Bremen für eine Dekolonisierung und angemessene Erinnerungskultur einsetzen. Straßenumbenennungen können als ein Beitrag zur Aufarbeitung der Verbrechen des deutschen Kolonialismus verstanden werden. Außerdem können darüber Debatten über Kontinuitäten kolonialer und rassistischer Sichtweisen in der politischen und gesellschaftlichen Gegenwart angestoßen werden. In anderen Städten wie Berlin oder Hamburg sind solche Straßenumbenennungen bereits erfolgt. Der Bezirk Berlin Mitte befindet sich gerade in einem Prozess, den Nachtigalplatz, die Lüderitzstraße sowie die Petersstraße umzubenennen. Bremen, das sich gerne als tolerante und weltoffene Stadt präsentiert, sollte dahinter nicht zurückstehen. Deshalb ist es wichtig, dass aus Bekenntnissen Taten werden und jetzt in Kooperation mit den Beiräten ein konstruktives Verfahren bezüglich der Umbenennung von Straßennamen in die Wege geleitet wird.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt ausdrücklich die Initiativen und Debatten, die eine kritische Aufarbeitung der Rolle Bremens und Bremer Kaufleute in der Zeit des Kolonialismus ermöglichen und unterstützt in diesem Zusammenhang auch eine kritische Auseinandersetzung mit Straßennamen mit kolonialem Bezug.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet die Beiräte, einen Diskussionsprozess zu kolonialen Straßennamen in ihrem Stadtgebiet zu eröffnen und unterstützt die Beiräte darin, Informations- und Beteiligungsprozesse zur Umbenennung von Straßen, die einen direkten kolonialen Bezug haben, zu initiieren und hierbei insbesondere auch aktiv Selbstorganisationen afrikanischer und schwarzer Menschen mit einzubeziehen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, diesen Diskussionsprozess aktiv zu begleiten und der Stadtbürgerschaft im dritten Quartal 2018 über

den bisherigen Verlauf der Diskussionen und Entscheidungen der Beiräte zu berichten.

4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ausreichend Mittel für durch Straßenumbenennungen entstehende Kosten einzuplanen, sodass weder den Beiräten noch Anwohnerinnen/Anwohner Mehrkosten durch eine Straßenumbenennung entstehen.

Miriam Strunge, Kristina Vogt und  
Fraktion DIE LINKE